



## Antrag

—

Fraktion AfD

### **Der demokratische Rechtsstaat muss Schärfe zeigen - Linke Gewalttaten der Hammerbande konsequent aufklären und politischen Terror bekämpfen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

- I. Linke Militanz und linke Gewalt sind reale und allgegenwärtige Gefahren für den demokratischen Rechtsstaat. Sie stellen sich über das Recht und nehmen aufgrund stillschweigender Akzeptanz in Teilen der Gesellschaft und Medien erheblichen Einfluss auf die politische Willensbildung. Als sogenannte Antifa schaffen sie zielgerichtet ein Klima der Angst und verhindern öffentliche Meinungsäußerungen politisch Andersdenkender sowie deren Teilhabe am demokratischen Wettbewerb.
- II. Auch in Sachsen-Anhalt gibt es eine demokratiegefährdende, gewalttätige linke Szene, die sich in den letzten Jahren verstärkt radikalisiert hat und gegen politische Gegner und Andersdenkende Straftaten begeht und Terror verbreitet. Gewalt und Einschüchterung dürfen kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein. Staat und Gesellschaft sind aufgerufen, die Meinungsfreiheit und die demokratische Teilhabe für alle zu verteidigen. Dies gilt auch und gerade dann, wenn es um die Rechte, Leib und Leben von Mitgliedern der Opposition und Vertreter politischer Minderheiten geht. Es gibt keinen irgendwie besseren und legitimen Extremismus linker Couleur.
- III. Das mit Verurteilung durch das Oberlandesgericht Dresden am 31. Mai 2023 geführte Verfahren gegen Mitglieder der linksextremen sogenannten Hammerbande, die durch große Brutalität aufgefallen sind, hat deren Verbindungen auch nach Sachsen-Anhalt aufgezeigt. Die linke Szene hat sich mit den Straftätern solidarisiert. Im Zusammenhang mit der Urteilsverkündung wurden auch in Sachsen-Anhalt Anschläge verübt, so auf ein

Autohaus in Halle in der Nacht auf den 1. Juni 2023. Zahlreiche mutmaßliche Straftaten der Hammerbande und mit ihr in Verbindung stehende Personen in Sachsen-Anhalt sind bis heute nicht restlos aufgeklärt.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

- I. die linke und gewaltbereite Szene in Sachsen-Anhalt in den Blick der Sicherheits- und Strafverfolgungsorgane zu nehmen;
- II. konkrete Maßnahmen zu erarbeiten, mit denen gewährleistet werden soll, dass zukünftig die Willensbildung und die Teilhabe am politischen Wettbewerb von allen Parteien gleichberechtigt nach demokratischen, rechtsstaatlichen Prinzipien und ungestört durchgeführt werden können;
- III. die Straftaten der linken sogenannten „Hammerbande“ und die ihrer Unterstützer in Sachsen-Anhalt konsequent aufzuklären und konsequent zu verfolgen;
- IV. die Ministerien des Landes Sachsen-Anhalt mit der Prüfung zu beauftragen, ob und gegebenenfalls welche linken und gewaltbereiten Akteure, Gruppierungen oder Initiativen direkt oder indirekt Fördermittel aus dem Landeshaushalt erhalten haben (durchzuführen ist hierzu eine umfassende Bestandsaufnahme hinsichtlich aller Förderungen durch öffentliche Gelder und Fördertöpfe) und die Beendigung dieser Förderungen zu veranlassen;
- V. über das Justizministerium ein Aussteigerprogramm für Mitglieder und Unterstützer linker und gewalttätiger Strukturen ins Leben zu rufen, die sich an „Aktivisten“, Mitläufer und Sympathisanten sowie an junge Szeneinsteiger oder langjährige Mitglieder der linken Szene richtet und mit den erforderlichen finanziellen Mitteln auszustatten.

### **Begründung**

Am 31. Mai 2023 wurden durch das Oberlandesgericht Dresden die Mitglieder der sogenannten Hammerbande um Lina E.\* und weitere Linksextremisten verurteilt. Die politischen Extremisten erhielten mehrjährige Haftstrafen. Ihnen wurden zahlreiche Überfälle auf Personen, die sie als politische Gegner ansehen, zur Last gelegt. Die Hauptangeklagte, die durch Presseveröffentlichungen mit ihrem vollständigen Namen bekannte, in Halle studierende Li-

---

\* Die vollständige Bereitstellung der Drucksache für die Öffentlichkeit unterbleibt mit Rücksicht auf entgegenstehende Belange des Datenschutzes nach § 19 Abs. 4 Satz 2 der Geschäftsordnung des Landtages von Sachsen-Anhalt.

na E. \*, muss für fünf Jahre und drei Monate in Haft.<sup>1</sup> Gegenstand der Verurteilung sind unter anderem die Beteiligung an der Bildung einer kriminellen Vereinigung sowie schwere, teils schwerste Gewalttaten. Die Angeklagten teilten laut Bundesanwaltschaft eine militante linksextremistische Ideologie. Auf das Konto der linksextremen kriminellen Vereinigung gehen zahlreiche Überfälle und schwere Gewalttaten auf tatsächliche und vermeintliche Anhänger der rechten Szene.<sup>2/3</sup> Im Gerichtssaal brachen Tumulte aus. Die linksextreme Unterstützerszene rief deutschlandweit zu militanten Aktionen ab dem auf das Urteil folgenden „Tag X“ auf. Das war der Samstag nach der Urteilsverkündung, der 3. Juni. Es wurde angedroht, einen Millionenschaden anzurichten, entsprechend den Jahren, die Lina E. \* im Gefängnis verbringen soll.

Obwohl die Verurteilten mit Urteilsverkündung gegen Auflagen auf freien Fuß gesetzt wurden, kam es zu Ausschreitungen durch militante linke Gruppen und Gewaltaufrufen, die sich u. a. gegen die Polizei richteten. Während eines Aufzugs am 1. Juni 2023 in Leipzig wurden unter anderem die Rufe „Bullenschweine“ und „Gebt dem Bullen, was er braucht, neun Millimeter in den Bauch“ gerufen.<sup>4</sup> Gemeint ist mit der Maßeinheit ein Geschosskaliber. Bei der Versammlung wurde die Leipziger Landtagsabgeordnete Juliane Nagel (DIE LINKE) von der Polizei vorübergehend festgesetzt. In der Nacht auf den 1. Juni 2023 gab es bereits einen Brandanschlag in der Turmstraße in Halle. Der Schaden beläuft sich auf mindestens 130.000 €. Ausschreitungen gab es auch am 3. Juni 2023. Anmelder eines Aufzuges war der Stadtrat von Bündnis 90/Die Grünen, Jürgen Kasek.<sup>5</sup> Die Polizei sprach in diesem Zusammenhang von schwerem Landfriedensbruch.

Die Verbindungen der linksextremen Vereinigung der sogenannten Hammerbande sind weitreichend und gehen deutlich über Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen hinaus. In Ungarn hat eine Gruppe der linksextremen Vereinigung acht rechte Reisende als Freiwillig attackiert. Die identifizierten Mitglieder der Vereinigung sind als linksextreme „Aktivisten“ polizeibekannt. Teile davon sind untergetaucht, im Übrigen auch der Lebensgefährte von Lina E. \*, der gebürtige Hallenser Johann G. \*.<sup>6</sup> Dieser wird laut Bildzeitung vom 1. Juni 2023 mit Haftbefehl

---

<sup>1</sup> Valentina Schacht, Linksterroristin Lina E. \* zu Haftstrafe verurteilt, in: Compact - Magazin für Souveränität vom 31. Mai 2023, abrufbar unter [Link](#) (Stand 16.06.2023).

<sup>2</sup> Daniel Pföhringer, Der Fall Lina E. \*: Das ist die ganze Strafakte der brutalen Antifa-Hammerbande, in: Compact - Magazin für Souveränität vom 4. Mai 2021, abrufbar unter [Link](#) (Stand 16.06.2023).

<sup>3</sup> Daniel Pföhringer, Der Fall Lina E. \*: Exklusiv! Finanzierte sich die Antifa-Bande mit Drogen-Deals? (Teil 2), in: Compact - Magazin für Souveränität vom 5. Mai 2021, abrufbar unter [Link](#) (Stand 16.06.2023).

<sup>4</sup> Leipziger Volkszeitung vom 02.06.2023, Öffentliche Sicherheit gefährdet, Nach Urteil gegen Lina E.: Stadt Leipzig verbietet Demo zum „Tag X“, abrufbar unter <https://www.lvz.de/lokales/leipzig/urteil-gegen-lina-e-stadt-leipzig-verbietet-demo-zum-tag-x-UKHYHHVUHZFG3DYRTVSR43JAAM.html> (Stand 16.06.2023).

<sup>5</sup> Leipziger Volkszeitung vom 04.06.2023, 30 Festnahmen bei Krawallen in Leipzig - OBM Jung kritisiert Demo-Organisator und spricht von „durchgeknallten Straffälligen“.

<sup>6</sup> Linksextremismus, Chronik des Terrors: Das ist die Blutspur der Hammerbande, Heimatkurier vom 02.06.2023, abrufbar unter <https://www.heimat-kurier.at/2023/06/02/chronik-des-terrors-das-ist-die-blutspur-der-hammerbande/> (Stand 16.06.2023).

gesucht. Die Straftäter können sich auf ein Unterstützerumfeld verlassen, das ihnen beim Untertauchen hilft.

Nach Einschätzung des Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz steht die Gruppierung an der Schwelle zum Terrorismus.<sup>7</sup> Ein Kennzeichen der Täter der Hammerbande war deren mit äußerster Brutalität erfolgreiches Vorgehen. Ihre Opfer wurden unter Missbrauch polizeilicher Ausrüstung in ihren Wohnungen überfallen, gefesselt und mit chemischen Kampfstoffen attackiert. Ihre Fuß- und Handgelenke sowie Knie wurden mit gezielten Hammerschlägen verletzt. Bei den Ermittlungen wurden durch die Täter angelegte Waffendepots aufgefunden. Spuren führen zu Kriegsteilnahmen im PKK-Umfeld in Nordsyrien.<sup>8</sup>

Den Überfällen ging das Ausspähen von privaten Daten voraus, und zwar mutmaßlich durch die ausweislich der Veröffentlichungen des Magdeburger Uniklinikums dort im Geschäftsbereich Finanzen und Controlling beschäftigte Ines F. \*,<sup>9</sup> bei der es sich um eine öffentlich unter ihrem Namen publizierende<sup>10</sup> und für linksextreme Bündnisse auftretende Politaktivistin handelt.<sup>11</sup> Zu den konkreten Ausgeforschten gehören auch Mitglieder des Landtages. So wurde der Fraktionsvorsitzende der antragstellenden Fraktion Herr Kirchner zu seinen persönlichen Wohndaten ausgeforscht. Kommunalpolitiker der AfD wurden ebenfalls ausgespäht. Selbst private Wohnanschriften von Mitarbeitern der AfD-Landtagsfraktion wurden durch rechtswidrige Abfragen über die Datenbank der Einwohnermeldeämter ausgekundschafft.

Lina E. \* wurde während ihres Studiums an der Universität in Halle, die sich in Sachsen-Anhalt befindet, radikalisiert. Festgestellt sind dort Überschneidungen mit der studentischen Vertretung und den ansässigen Hochschulgruppen und die Prägung durch die linksextremistische Szene.<sup>12</sup> Exemplarisch steht der ursprünglich vom Studierendenrat gegründete „AK Antifa“. Im Ideologiefeld des „Antifaschismus“ sind Tendenzen erkennbar, die auf eine Ausweitung der Feindbildkonstruktion und damit auch auf eine Ausweitung vermeintlicher Recht-

---

<sup>7</sup> Fakt, Sendung vom 11.04.2023, Wird Linksextremismus unterschätzt?, abrufbar unter <https://www.ardmediathek.de/video/fakt/fall-lina-e-wird-linksextremismus-unterschaetzt/das-ers-te/Y3JpZDovL21kci5kZS9iZWl0cmFnL2Ntcy8xYTM5MDA4OC0xYTU0LTQ4YWYtOGI4ZC1mNDU5MDM5OTYwZmU> (Stand 16.06.2023).

<sup>8</sup> Die Welt vom 20.05.2023, Generalbundesanwalt weitet Verfahren gegen Linksextremisten aus - Spur nach Syrien, abrufbar unter <https://www.welt.de/politik/plus245400298/Netzwerk-um-Lina-E-Verfahren-gegen-Linksextremisten-ausgeweitet-Spur-nach-Syrien.html> (Stand 16.06.2023).

<sup>9</sup> Universitätsmedizin Magdeburg, UMMD 5/2016.

<sup>10</sup> Das Blättchen, Schlagwort-Archiv: Ines F. \*, abrufbar unter [Link](#) (Stand 16.06.2023).

<sup>11</sup> Volksstimme vom 24.10.2011, Linke demonstrieren gegen Rechte in Reform, abrufbar unter <https://www.volksstimme.de/lokal/magdeburg/polizei-und-stadt-befurchten-da-schaukelt-sich-im-stadtteil-reform-etwas-hoch-445515> (Stand 16.06.2023).

<sup>12</sup> Strukturwandel in der linken Szene, Kleine Anfrage und Antwort Daniel Wald (AfD) und Ministerium für Inneres und Sport 22.06.2022 Drucksache 8/1352 (KA 8/739).

fertigungsgründe für eine gezielte Gewaltorientierung im Linksextremismus hindeuten. So werden Angriffe auf den politischen Gegner mit einem „Antifaschismus“ legitimiert, der jede Person des rechten Lagers zu einem verabsolutierten Feind erklärt. Abstufungen in dieser Feinderklärung finden nicht statt. Der „Antifaschismus“ geriert ein homogenes Feindbild, durch das sich die Tonlage in der linksextremistischen Szene schrittweise verschärft hat.<sup>13</sup> Straftaten als konkrete Konsequenzen sind feststellbar. Im sachsen-anhaltischen Roßlau wurde im Jahr 2019 ein dem rechten politischen Spektrum zugerechneter Bauunternehmer durch die Mitglieder der Bande gezielt überfallen und mit Eisenstangen und Hammerschlägen auf Kopf und Glieder lebensgefährlich verletzt. Außerdem ereignete sich ein Brandanschlag am 28.07.2019 in Arendsee auf einen Politiker der AfD. Die Staatsanwaltschaft ermittelte hier wegen des Verdachts des versuchten Mordes.

Diese sachsen-anhaltischen Fälle wurden noch nicht in die Anklage des OLG Dresden einbezogen. Die erhebliche und weiter zunehmende Gefährdungslage durch linke und gewaltbereite Strukturen, die sich inzwischen in zahlreichen gewalttätigen Handlungen manifestiert hat und bis in die Parlamente und Verwaltungen reicht,<sup>14</sup> macht es erforderlich, dass der Staat entschlossen und mit konsequenter Schärfe einschreitet.

Oliver Kirchner  
Fraktionsvorsitz

---

<sup>13</sup> Ebd.

<sup>14</sup> Die Welt vom 02.03.2021, Linksextremisten und ihre Helfer in der Politik, abrufbar unter <https://www.welt.de/politik/deutschland/plus227274267/Leipzig-Hamburg-Berlin-Linksextremisten-und-ihre-Helfer-in-der-Politik.html> (Stand 16.06.2023).